

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz  
am 15.02.2011**

---

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)  
Beginn: 17:00 Uhr  
Sitzungspause:  
Ende: 19:50 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar  
Herr Carsten Krumhöfner  
Herr Hartmut Meichsner stellvertretender Vorsitzender  
Herr Holger Nolte  
Herr Stefan Röwekamp

SPD

Frau Dorothea Brinkmann  
Frau Regina Klemme-  
Linnenbrügger  
Herr Marcus Lufen  
Herr Hans-Werner Pläßmann  
Herr Jörg Rodermund

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Rainer-Silvester Hahn  
Herr Priv.-Doz. Vorsitzender  
Dr. Jörg van Norden

BfB

Herr Alexander Spiegel von und  
zu Peckelsheim

FDP

Frau Jasmin Wahl-Schwentker

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe

Herr Martin Schmelz beratendes Mitglied gem. § bis 17.45 Uhr, TOP 5.2  
58 Abs. 1, 11 GO

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Donath  
Herr Cemil Yildirim ab 18.45 Uhr, TOP 7

Verwaltung

|                         |  |              |
|-------------------------|--|--------------|
| Frau Anja Ritschel      | Beigeordnete für Umwelt<br>und Klimaschutz |              |
| Herr Martin Wörmann     | Umweltamt                                  |              |
| Herr Wolfgang Goldbeck  | ISB  | TOP 7        |
| Herr Arnt Becker        | Umweltamt                                  | TOPe 9, 10   |
| Herr Uwe Hofmeister     | Umweltamt                                  | TOP 6        |
| Frau Sabine Randermann  | Umweltamt                                  |              |
| Frau Birgit Reher       | Umweltamt                                  | TOPe 8, 16.1 |
| Herr Bernd Reidel       | Umweltamt                                  |              |
| Herr Volker Walkenhorst | Dezernat 3                                 |              |
| Herr Egbert Worms       | Umweltamt                                  |              |

Gäste

|                     |                                |       |
|---------------------|--------------------------------|-------|
| Herr Wolfgang Smode | Geschäftsführer der<br>WEGEmbH | TOP 6 |
|---------------------|--------------------------------|-------|

Schriftführung

|                   |           |  |
|-------------------|-----------|--|
| Frau Katrin Köppe | Umweltamt |  |
|-------------------|-----------|--|

Nicht anwesend:Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Heuer

**Öffentliche Sitzung:****Zu Punkt****Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Sitzung**

Herr Dr. van Norden begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Er begrüßt Frau Brinkmann und Herrn Rodermund als neue Mitglieder im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz. Sie sind für die ausgeschiedenen Mitglieder Frau Schrader und Herrn Knabe nachgerückt.

Zur Tagesordnung weist er darauf hin, dass die in dem Nachtrag versehentlich unter Ziffer 4.2 angekündigte Anfrage unter TOP 3.2 zu behandeln sei. Bei der falschen Ziffer handele es sich um einen Tipp-Fehler.

Auf Anregung von Herr Meichsner teilt Herr Dr. van Norden mit, dass in der Anfrage mit der Drucksachen-Nr. 2056/2009-2014 (TOP 3.1) der Zusatz „Die Begründung erfolgt mündlich“, zu streichen sei, da Anfragen keiner Begründung bedürfen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Smode wegen anderer Verpflichtungen erst ab ca. 18.00 Uhr zur Verfügung stehe, so dass der TOP 6 möglicherweise nach hinten verschoben werden müsse.

Daraufhin fasst der Ausschuss folgenden

**Beschluss:**

Der Tagesordnungspunkt 6 wird nachgeholt, sobald der Berichterstatter anwesend ist.

- einstimmig beschlossen –

**Zu Punkt 1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 10. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 18.01.2011**

Herr von Spiegel bemerkt zu TOP 10 der Niederschrift, dass die drei folgenden Fragen, die er im Verlauf gestellt habe, nicht aufgenommen worden seien, und bittet um Ergänzung:

1. Welche öffentlichen Kanäle, insbesondere die Schmutzwasserkanäle, sind zur gleichen Frist wie die nach einer angeordneten Dichtigkeitsprüfung instandgesetzten privaten Kanäle nicht saniert?
2. Welche Gründe liegen vor, die öffentlichen Kanäle mit Schäden der Schadenklassen 0 und 1 nicht sofort zu sanieren?
3. Wird den Eigentümern privater Kanäle eine Nachfrist bis zum Abschluss der Sanierung der anliegenden öffentlichen Kanäle gewährt?

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz vom 18.01.2011 (Nr. 10) wird unter Berücksichtigung der von Herrn von Spiegel vorgebrachten Ergänzung nach Form und Inhalt genehmigt.**

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2****Mitteilungen****Zu Punkt 2.1****Verleihung des Umweltpreises**

Herr Meichsner sagt, dass die Verleihung des Umweltpreises am 10.03.2011 stattfinden solle.

Er kritisiert, dass an diesem Termin Mitglieder verschiedener Gremien nicht teilnehmen könnten, da zeitgleich Sitzungen mehrerer Bezirksvertretungen stattfinden. Betroffen seien auch Personen, die in der Jury vertreten waren.

Er bittet darum, dass im Rahmen der Veranstaltung darauf hingewiesen wird, dass wegen der Terminüberschneidung die Teilnahme an der Preisverleihung nicht für alle eingeladenen Personen möglich sei.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 2.2****Tag gegen Lärm**

Herr Wörmann teilt mit, dass am internationalen Tag gegen Lärm am Mittwoch, den 27.04.2011 in der Zeit von 11 bis 18 Uhr Aktionen rund um den Jahnplatz stattfinden. Das Land NRW habe in diesem Jahr Bielefeld als Kooperationspartner vorgesehen. Zur Zeit würden Gruppen, Vereine und Firmen gesucht, die sich mit Infoständen oder Mitmachaktionen beteiligten. Es gehe hierbei nicht nur um Verkehrslärm, sondern um das ganze Spektrum wie Freizeitlärm, Nachbarylärm oder Baustellenlärm und natürlich auch um die Gesundheitsvorsorge.

Das Land stelle an dem Aktionstag den Umweltbus Lumbricus mit Angeboten für Schülergruppen zur Verfügung.

Weitere Ideen und Beteiligungen nehme das Umweltamt gern entgegen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 3**            **Anfragen**

**Zu Punkt 3.1**        **Neuordnung der Umweltverwaltung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2056/2009-2014

Anfrage der Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen vom 02.02.2011:

*Welcher Art sind die Erfahrungen der Verwaltung zur Neuordnung der Umweltverwaltung (Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben vom 1.1.2008) und wie gestalten sich die finanziellen Belastungen der Stadt aus diesem Gesetz?*

Herr Wörmann trägt die Antwort des Umweltamtes vor, die als Anlage 1 Bestandteil dieser Niederschrift ist.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

**Zu Punkt 3.2**        **Energieerzeugung aus Abfall**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2083/2009-2014

Anfrage der Ratsgruppe Bürgernähe vom 03.02.2011:

*Unsere Anfrage ist:*

*Wie beabsichtigen die Stadtwerke Bielefeld die Steigerung der konventionellen Energieerzeugung aus Abfall bis 2020 um rund 30 % zu realisieren?*

*Zusatzfrage:*

*Um wie viel t/a soll die Gesamtkapazität der MVA erhöht werden?*

*Hintergrund:*

*Die Stadtwerke Bielefeld streben in ihrem Energiekonzept bis 2020 die langfristige Auslastung bestehender Erzeugungsanlagen an. Sie planen die Energieerzeugung aus Abfall von aktuell 5,4% auf 7,0% zu erhöhen.*

Frau Ritschel meint, dass sich die Anfrage an die Stadtwerke Bielefeld richte.

Das Energiekonzept der Stadtwerke könne in der heutigen Sitzung wegen einer internen Schulungsmaßnahme nicht im Ausschuss vorgestellt werden. Die Antwort auf die Anfrage solle daher in der nächsten Sitzung von den Vertretern der Stadtwerke gegeben werden.

Herr Schmelz hält das Konzept der Stadtwerke für undurchsichtig. Fragen, die seine Fraktion vor sechs Wochen an die Stadtwerke gerichtet habe, seien bis heute nicht beantwortet worden.

Auf die Frage von Herrn Kleinesdar, ob bei der Erhöhung der Kapazitäten der MVA genehmigungsrelevante Aspekte berührt seien, teilt Frau Ritschel mit, dass dieses in dieser Sitzung nicht beantwortet werden könne. Sie werde die Frage jedoch aufnehmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

#### **Zu Punkt 4 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

##### **Zu Punkt 4.1 Straßenbaumaßnahme Südfeld**

###### Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1868/2009-2014

Herr Hahn hält die geplante Asphaltierung in einem Naturschutzgebiet für nicht sachgerecht. Daher möchte er den Vorschlag der Verwaltung ablehnen.

Herr Meichsner erinnert daran, dass in der letzten Sitzung Kostengründe und Sicherheitsgründe als Argumente für einen Ausbau genannt worden seien.

Zu dem in der Sitzung der BV Jöllenebeck am 10.02.2011 gefassten Beschluss (*Anmerkung: TOP 14, Drucksachenummer 2034/2009-2014*) bittet er um Mitteilung, wie dieser konkret zu verstehen sei. Er fragt, ob hier wieder nur ein Provisorium geschaffen werde. Er bittet die Verwaltung um eine Aussage, ob andere Kosten zu erwarten seien und ob die Verkehrssicherheit gewährleistet sei. Des Weiteren fragt er nach den Kosten, die durch den Abbruch der bereits begonnenen Baumaßnahme entstanden seien.

Herr Dr. van Norden weist darauf hin, dass es in der heutigen Sitzung nicht um den Beschluss aus Jöllenebeck sondern um eine Beschlussfassung über den Widerspruch des Landschaftsbeirates gehe, der einer landschaftsrechtlichen Befreiung einer Asphaltierung der Straße Südfeld widersprochen habe.

Zu den Fragen von Herrn Meichsner verweist Herr Wörmann auf den Vortrag von Herrn Martin in der letzten Sitzung. Er stellt klar, dass die Umweltverwaltung keine Bedenken gegen den geplanten Straßenbau habe.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen:

###### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz weist den Widerspruch des Landschaftsbeirates zur landschaftsrechtlichen Befreiung einer Asphaltierung der Straße Südfeld zurück.

- mit Mehrheit abgelehnt -

**Zu Punkt 5      Anträge****Zu Punkt 5.1      Unterschutzstellung der Rieselfelder Windel****Beratungsgrundlage:**

Drucksachenummer: 2087/2009-2014

Antrag der Ratsfraktion von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 03.02.2011:

1. *Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Senne vom 23.10.2008 (6051/2004-2009), eine "Änderung des Landschaftsplanes Bielefeld-Senne mit dem Ziel der Ausweisung der früheren Rieselfelder Windel als Naturschutzgebiet " einzuleiten, zustimmend zur Kenntnis.*
2. *Er bittet die Verwaltung, den Ausschuss in einer seiner nächsten Sitzungen über die notwendigen Schritte zu informieren und, falls notwendig, eine weitergehende Beschlussvorlage vorzulegen.*

*Die Begründung erfolgt mündlich.*

Herr Hahn erinnert daran, dass ein entsprechender Antrag bereits vor einiger Zeit im UStA gestellt worden sei. Zwischenzeitlich seien die Planfeststellung erfolgt und die A 33 im Bau. Als Begründung für den Antrag gibt er an, dass das Gebiet naturschutzwürdig sei und die Stiftung Rieselfelder durch eine Unterschutzstellung bessere Möglichkeiten habe, Fördergelder vom Land zu erhalten.

Herr Meichsner hält die Rieselfelder ebenfalls für wertvoll. Bevor er über Ziffer 2 des Antrages entscheide, bittet er die Verwaltung um einen Bericht über die Schwermetallbelastung und über die ökologische, finanzielle und rechtliche Situation.

Herr Hahn begrüßt die Anregung von Herrn Meichsner.

Herr Lufen möchte sich dem Vorschlag anschließen, wenn dieser Bestandteil des Antrages werde.

**Beschluss:**

1. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Beschluss der Bezirksvertretung Senne vom 23.10.2008 (6051/2004-2009), eine "Änderung des Landschaftsplanes Bielefeld-Senne mit dem Ziel der Ausweisung der früheren Rieselfelder Windel als Naturschutzgebiet " einzuleiten, zustimmend zur Kenntnis.
2. Er bittet die Verwaltung, den Ausschuss in einer seiner nächsten

Sitzungen über die notwendigen Schritte zu informieren und, falls notwendig, eine weitergehende Beschlussvorlage vorzulegen. Insbesondere ist hierbei über folgende Aspekte zu berichten:

- Rechtliche Situation
- Allgemeine Kosten
- Ökologische Situation (Schwermetalle, usw.)

- einstimmig beschlossen –

---

## Zu Punkt 5.2

### **Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2090/2009-2014

Antrag der Ratsfraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 31.01.2011:

*Die Verwaltung wird beauftragt, einen Satzungsbeschluss vorzubereiten, mit dem die Befristung der Dichtigkeitsprüfung von privaten Abwässerkanälen im Wasserschutzgebiet Gadderbaum/Dornberg (bisher 30.06.2011) um sechs Monate verlängert wird.*

Begründung:

*erfolgt mündlich*

Frau Ritschel informiert über den Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 10.02.2011 und weist darauf hin, dass in Gadderbaum am 08. und 09. März Informationsveranstaltungen für die betroffenen Eigentümer stattfinden würden.

Herr Lufen beantragt die Behandlung der Angelegenheit in erster Lesung, da er zunächst die angekündigten Informationsveranstaltungen abwarten möchte. Seiner Meinung nach bestehe ein hoher Beratungs- und Informationsbedarf bei den betroffenen Eigentümern. Insbesondere solle auch über Fördermöglichkeiten zu evtl. erforderlichen Sanierungsmaßnahmen informiert werden.

Herr Meichsner sieht auch noch viele Probleme wegen der Satzung. Er schlägt ein Moratorium vor und empfiehlt, den Antrag der „Ampel“ dahingehend zu ergänzen, dass die Satzung hinsichtlich der aufgeworfenen technischen und rechtlichen Fragen sowie der Fristen überprüft werden solle.

Herr von Spiegel hält eine Verschiebung der Fristen um 6 Monate für schwierig, da die wenigen Anbieter dann keine freien Kapazitäten für Prüfungen hätten. Daher sei eine Verlängerung um mindestens 12 Monate sinnvoller. Er meint, dass lt. Feststellung des Bundesumweltministeriums das Eindringen von Fremdwasser in private Kanäle nicht relevant sei. Aus diesem Grund seien vorrangig die Bereiche mit einem hohen Anteil umweltrelevanter Schäden zu sanieren und Probleme durch Fremdwassereintrag nachrangig. Des Weiteren sollen für die Sanierung von Schä-

den der Schadensklassen 0 und 1 in privaten Abwasserkanälen die Ausführungsfristen an die Fertigstellung der Sanierung der anliegenden öffentlichen Kanäle gekoppelt werden.

*Auf Antrag von Herrn Lufen wird die Sitzung für eine kurze Beratung von 17:43 Uhr bis 17:52 Uhr unterbrochen.*

Herr Lufen hält es für wichtig, die Anregungen von Herrn Meichsner mit aufzunehmen. Eine Satzungsänderung, die eine Fristverlängerung beinhaltet, könne in der Sitzung des Rates im April beschlossen werden.

Herr Meichsner appelliert an die Verwaltung, über die gestellten Fragen erschöpfend Auskunft zu geben. Besonders wichtig seien ihm folgende Punkte:

1. Eine Satzungsänderung sei unter Berücksichtigung eines besonderen Moratoriums erforderlich.
2. Fragen aus den beiden Bürgerveranstaltungen seien, soweit sie satzungsrelevant sind, erschöpfend zu beantworten.
3. Die technische Problematik sei zu erläutern.

Herr Dr. van Norden äußert seine Bitte an die Bürgerinitiative, ihre Fragen rechtzeitig vor der Veranstaltung bei der Verwaltung einzureichen.

Frau Ritschel verweist auf die schriftliche Information zu der Thematik, die während der Sitzung an die Anwesenden verteilt wird. Sie kündigt an, dass der Internetauftritt auf der Homepage der Stadt Bielefeld ebenfalls überarbeitet werde.

Einige Fragen der Bürgerinitiative lägen bereits vor. Es sei ihr daher wichtig, bereits jetzt über einige Punkte zu informieren:

So sei sie mehrfach angesprochen worden, aus welchem Grund die Stadt Bielefeld die Fristen für die Prüfung eingeführt habe. Die Festlegung der Fristen sei aber keine Besonderheit für Bielefeld. Es handele sich vielmehr um eine landesweite Regelung, die von allen Kommunen in NRW umgesetzt werden müsse.

Dabei gelte die Maßgabe, Abwasserkanäle in Wasserschutzgebieten vorrangig zu untersuchen, so dass für die WSG in Bielefeld entsprechend verkürzte Fristen beschlossen worden seien.

Vielfach bestehe die Sorge, dass die Kanäle durch die Prüfung selbst beschädigt werden könnten. Die Prüfung der Kanäle führe jedoch nicht zu Schäden an den Leitungen.

Durch einen neuen Erlass des Landes sei außerhalb von WSG jetzt eine Fristverlängerung bis 2023 möglich. Die Verwaltung werde hierzu einen konkreten Vorschlag erarbeiten.

Herr von Spiegel weist darauf hin, dass die verschiedenen Arten von Schäden in unterschiedliche Schadensklassen unterteilt würden. Er bittet um Mitteilung, ab wann eine Sanierung der Kanäle erforderlich sei.

Herr Lufen bittet die Verwaltung um einen offenen Umgang mit den Fragen der Betroffenen und bittet um eine Darstellung der Fördermöglichkeiten. Derzeit würden unterschiedliche, z. T. sehr hohe, Summen für erforderliche Sanierungen genannt. Eine sorgfältige Beratung der Eigentümer sei daher wichtig.

Der Ausschuss fasst sodann folgenden:

**Beschluss:**

Die Angelegenheit wird heute in erster Lesung beraten.

- einstimmig beschlossen -

Die Information des Umweltdezernates ist als Anlage 2 Bestandteil dieser Niederschrift.

-.-.-

**Zu Punkt 5.3**

**Gestaltung eines Kleingewässers in der Johannisbachaue**

**Beratungsgrundlage:**

Drucksachennummer: 2091/2009-2014

Frau Klemme-Linnenbrügger teilt mit, dass der Antrag der Fraktionen aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 31.01.2011 erweitert werden solle, so dass der Beschlussvorschlag jetzt wie folgt laute:

*Die Verwaltung wird beauftragt, in der Johannisbachaue, im mittleren Bereich der Beweidungsfläche, ein Kleingewässer kostengünstig zu gestalten. Weitere Feuchtwiesen sollen zum Amphibienschutz in geeigneten Bereichen des Johannisbaches östlich des Jerrendorfweges bis zur Grafenheider Str. entstehen, ohne dass dadurch die bestehenden verkehrlichen Planungen in Frage gestellt werden. Die Verwaltung wird gebeten, in der nächsten Sitzung Gestaltungspläne vorzulegen.*

**Begründung:**

*erfolgt mündlich*

Zur Begründung gibt sie an, dass die Feuchtwiesen regelmäßig überflutet würden, aber dann auch wieder vollständig austrockneten. Der dauerhafte Zustand einer Feuchtwiese sei für diese Fläche aus naturschutzfachlicher Sicht wichtig.

Herr Kleinesdar weist darauf hin, dass es sich um einen Bereich handelt, der innerhalb der Beweidungsfläche liege. Es müsse sichergestellt sein, dass die Kühe nicht in den Bereich der Blänken gelangen könnten, da sie diese dann zertrampeln und der Amphibienlaich nicht überleben würde. Des Weiteren führt er an, dass für eine dauerhafte Überflutung eine Stauung erforderlich sei.

Herr von Spiegel teilt mit, dass es in dem Bereich bereits Stauanlagen gebe.

Herr Lufen schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ändern, dass die Verwaltung den Auftrag erhält, geeignete Flächen vorzustellen.

Der Ausschuss fasst daraufhin folgenden:

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wo in der Johannisbachaue, im mittleren Bereich der Beweidungsfläche, ein Kleingewässer kostengünstig gestaltet werden kann und wo Feuchtwiesen zum Amphibienschutz in Bereichen des Johannisbaches östlich des Jerrendorfweges bis zur Grafenheider Straße entstehen können. Die Ergebnisse einschließlich der Kosten für die Herstellung und dauerhafte Unterhaltung sind dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz schnellstmöglich vorzustellen.

- einstimmig beschlossen –

-.-.-

**Zu Punkt 6****Bielefelder Initiative für Zukunftsenergien und Energieeffizienz (BIZE) - Ziele und Aktivitäten**

Herr Smode bedankt sich bei den Anwesenden für die Gelegenheit, die BIZE im Ausschuss vorstellen zu können und berichtet wie folgt:

In diesem Gremium muss sicherlich keine Überzeugungsarbeit dafür geleistet werden, dass man der weltweit drohenden Klimakrise entgegenwirken muss – auch hier in Bielefeld.

Jeder, der sich mit dem komplexen Thema beschäftigt, weiß, dass die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre ein bedrohliches Problem ist. Kohlenstoffdioxid, das jetzt gebildet wird, bleibt 50 bis 100 Jahre in der Erdatmosphäre.

Die größten CO<sub>2</sub>- und Energieeinsparpotenziale – und das wird in der öffentlichen Debatte immer wieder gern vergessen – ergeben sich nicht bei der Stromproduktion oder beim Autoverkehr. Es ist unbestritten, dass die größten Einsparpotenziale im Gebäudebereich liegen. Hier geht es um 40 % des Energieverbrauchs und um ein realistisches Einsparpotenzial von weit über 20 % bis zum Jahre 2020.

Unter anderem diese Erkenntnisse waren für uns als Wirtschaftsförderungsgesellschaft Anlass, im Herbst 2006 die Initiative zur Gründung des „Netzwerkes Bielefelder Initiative für Zukunftsenergien und Energieeffizienz“ zu ergreifen.

Man kann unsere Initiative durchaus als Vorläufer des im Herbst 2007 durch den Rat der Stadt beschlossenen Klimaschutzprogrammes betrachten.

Denn wir hatten uns mit unserer Initiative das Ziel gesetzt, den Wirtschaftsstandort Bielefeld im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeffizienz mit neuen Initiativen weiter zu stärken.

Auf dem Forum deutscher Wirtschaftsförderer im November vergangenen Jahres in Berlin ist mir deutlich geworden, dass sich inzwischen auch viele meiner Wirtschaftsförderungskollegen sehr intensiv mit dem Thema

Energieeffizienz und Erneuerbare Energien befassen und ihre Unternehmen entsprechend beraten und damit die Philosophie des nachhaltigen Wirtschaftens zum wesentlichen Baustein ihrer Wirtschaftsförderungsaktivitäten gemacht haben.

Wenn man gleichzeitig weiß, dass die sogenannte Green Tech Branche von 2007 mit 9 % ihren Anteil am Bruttoinlandsprodukt bis 2020 auf 14 % ausgebaut hat, ahnt man, dass die sogenannte Umweltschutztechnologie für Deutschland inzwischen ein Job- und Exportmotor geworden ist. Allein deutsche Biogasanlagenbauer erreichen inzwischen einen Weltmarktanteil von 90 %.

Wir sind davon überzeugt, dass Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung und die Förderung von Zukunftsenergien in Bielefeld einen erheblichen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft und zur Sicherung von Arbeitsplätzen insbesondere in unseren mittelständischen Betrieben leisten.

Allein eine Steigerung der Sanierungsquote im Altbauwohnungsbestand um 1 auf 2 % löst ein zusätzliches Investitionsvolumen von rd. 15 Mio. € aus und sichert über 150 Arbeitsplätze im Bau- und Ausbaugewerbe.

Erfreulicherweise gibt es einige Bielefelder Unternehmen, die sich schon jetzt sehr intensiv mit den Themenfeldern des Klimaschutzes auseinandersetzen. Ich nenne hier beispielhaft die Firma Gildemeister – weltweit einer der führenden Werkzeugmaschinenhersteller – mit dem Suncarrier, der Solarbatterie und der Solartankstelle, die Firma Goldbeck Solar, natürlich Schüco Solar, aber auch Logistikunternehmen wie Wahl & Co., die ihre Dachfläche mit Solarzellen ausgestattet haben oder das Unternehmen Cornelsen, Velhagen und Klasing, das eine ihrer Lagerhallen mit Erdwärme versorgt oder, ein letztes Beispiel, Mitsubishi High Tech Paper, die zur Energieversorgung ein Contractingmodell mit den Stadtwerken Bielefeld vereinbart haben.

Für mich sind dies alles sehr gute Beispiele dafür, mit denen man auch anderen Bielefelder Unternehmen die Themen Energieeffizienz und Verringerung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes näherbringen kann.

Innerhalb unserer BIZE-Aktivitäten konzentrieren wir uns derzeit auf eine neu ins Leben gerufene Projektgruppe „Zukunftsenergien in der gewerblichen Wirtschaft“. Diese Projektgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, für eine breitere Anwendung der Erneuerbaren Energien im Bereich der gewerblichen Wirtschaft zu sorgen.

Ich möchte nun zunächst Uwe Hofmeister, den Klimaschutzbeauftragten der Stadt Bielefeld, der Vorsitzender unseres Beirates der Bielefelder Initiative für Zukunftsenergien und Energieeffizienz ist, bitten, einen kurzen Überblick über die bisherigen Aktivitäten unserer BIZE zu geben.

Herr Hofmeister gibt an Hand einer Power Point Präsentation\* einen Überblick über die Aktivitäten der BIZE.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

\* Die vorgestellte Power Point Präsentation ist als Anlage 3 Bestandteil dieser Niederschrift:

-.-.-

## Zu Punkt 7

### **Projekt Bielefeld Landmarks des Welthaus Bielefeld e. V.**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2048/2009-2014

*Die Protokollauszüge der Sitzungen der BV Mitte und BV Jöllenbeck vom 10.02.2011 wurden vor der Sitzung verteilt.*

Herr Goldbeck teilt mit, dass in der soeben stattgefundenen Sitzung des BISB der Verwaltungsvorlage einstimmig zugestimmt worden sei. Er erläutert, dass entgegen der ursprünglichen Planung die für alle Standorte vorgesehene Steinsäule nur am Standort „Obersee“ umgesetzt werden solle.

Frau Ritschel ergänzt, dass der Landschaftsbeirat dem Projekt zugestimmt habe. Es sollten hierdurch aber keine Schäden in der Landschaft entstehen.

Herr Meichsner kündigt für seine Fraktion an, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Er habe aber die Bitte, dass der Vertrag mit dem Welthaus vor Unterzeichnung den zuständigen Gremien zur Prüfung zur Verfügung gestellt werde. Von Bedeutung seien insbesondere die Fragestellungen, was nach 2015 passiere und wie man im Falle von Vandalismus reagiere. Im Übrigen dürften der Stadt Bielefeld wie mitgeteilt keine Kosten entstehen.

Herr Hahn begrüßt das Projekt, bei dem sich Bielefelder Bürgerinnen und Bürger engagierten und Fördergelder eingeworben hätten. Natürlich müsse vieles geregelt werden, man solle aber den Sinn des Projektes nicht aus den Augen verlieren.

Herr Lufen schließt sich den Ausführungen von Herrn Hahn an und kündigt seine Zustimmung zu dem Projekt an. Er verweist darauf, dass es zu den Millenniums-Zielen einen Ratsbeschluss gebe und im Rahmen dieses Projektes ein großer Betrag für Bildungsarbeit verwendet werde.

Herr Goldbeck stellt klar, dass es nicht vorgesehen sei, den Vertrag mit dem Welthaus vor Unterzeichnung den Gremien vorzulegen, um die einzelnen Punkte zur Diskussion zu stellen, da der Vertragsabschluss Sache der Betriebsleitung des ISB sei. Gern werde er den Vertrag nach Unterzeichnung zur Verfügung stellen.

Entsprechend der Beschlussfassung im Betriebsausschuss ISB fasst der Ausschuss folgenden:

### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss:

- (1) Der Umsetzung des Projektes „Millennium Landmarks des Welt-  
haus Bielefeld e. V.“ wird zugestimmt.  
Grundlagen dieser Entscheidung sind
- a) die Projektbeschreibung (Anlage 1)
  - b) die Planunterlagen (Anlage 2.1)
    - Ansichten und Grundriss (2.2 Visualisierung) - und
  - c) der Standortplan (Anlage 3)
    - mit Ausnahme der Standorte 2 a und 5 -
- (2) Die Umsetzung des Beschlusses steht unter der Bedingung, dass  
der Verein Welthaus e. V. neben der Einrichtung der Landmarks-  
Stationen dauerhaft sämtliche Eigentümerpflichten (Verkehrssiche-  
rung, Unterhaltung, regelmäßige Überprüfung, Dokumentation,  
Rückbau bei Vertragsende) übernimmt und die Stadt von Haftungs-  
ansprüchen freistellt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

#### Zu Punkt 8

#### **Ergebnisbericht zum Projekt Ökoprofit**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2005/2009-2014

Herr Meichsner kündigt für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung einige  
Fragen zu den Kosten an, die seiner Meinung nach unbeantwortet blei-  
ben.

Ohne weitere Fragen nimmt der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz  
die Vorlage zur Kenntnis.

---

#### Zu Punkt 9

#### **Amphibienschutz in Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1997/2009-2014

Herr von Spiegel bittet um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Bisher sei ihm geläufig, dass dauerhafte Amphibienschutzanlagen  
aus Stein bzw. Kunststoff errichtet wurden. Jetzt gebe es auch Anla-  
gen mit Metallwänden. Aus welchem Grund wird jetzt anderes Materi-  
al verwendet?
2. Gibt es die Möglichkeit, Regenwasserrückhaltebecken als Amphi-  
biengewässer zu nutzen?
3. Wie ist die Kostenfrage? Gibt es Landesmittel für dauerhafte Amphi-  
bienschutzmaßnahmen?

Herr Becker beantwortet die Fragen wie folgt:

1. Die Stadt Bielefeld verwendet bei eigenen Maßnahmen keine Metall-  
wände. Möglicherweise wird dieses Material beim Bau der A 33 ver-

- wendet. Den Grund dafür kenne er aber nicht.
2. Regenwasserrückhaltbecken sind allenfalls eine Notlösung, da der Laich bei Starkregen und Hochwasser herausgespült werden kann.
  3. In der Regel werden Fördermittel in Höhe von bis zu 80 % gewährt. Ohne diese Zuschüsse sei eine Finanzierung nicht möglich.

Die Frage von Herrn von Spiegel, ob der Einsatz von A+E-Geldern für Amphibienschutzmaßnahmen möglich sei, wird von Herrn Becker grundsätzlich bejaht. Bisher seien diese Gelder nicht dafür ausgegeben worden.

Herr Meichsner meint, dass der Stadt eine Konzeption zum Amphibienschutz fehle.

Er beklagt, dass einmal angelegte Laichgewässer nicht erhalten worden seien. An vielen Stellen (z.B. Töpker Teich, Kampeters Kolk) könne man eine fortschreitende Verlandung und Verbuschung erkennen. Er spricht sich dafür aus, Zielvorstellungen zu entwickeln und sicherzustellen, dass diese dauerhaft verfolgt werden.

Herr Hahn bedankt sich für den ausführlichen Bericht der Verwaltung. Er hält die Einrichtung von Laichmöglichkeiten und Amphibientunneln für wichtig. Er fragt, ob auch zu Zeiten des Nothaushaltes weitere Maßnahmen umgesetzt werden können.

Herr Becker erläutert, dass keineswegs konzeptlos gehandelt werde. Es sei bekannt, wo die Tiere wandern und es werde entsprechend gehandelt. Es sei wichtiger, konkrete Maßnahmen umzusetzen als neue Konzepte zu erstellen.

Er berichtet, dass im Rahmen der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auch früher errichtete und heute teilweise verlandete Laichgewässer renaturiert würden, so dass sie ihre Funktion wieder erfüllen könnten. Im Jahr 2012 werde an der Waterboerstraße ein neuer Amphibientunnel entstehen. Weitere auch für Amphibien nutzbare Tunnel seien an neuen Gewässerdurchlässen und im Rahmen von Straßenbau- oder –unterhaltungsmaßnahmen denkbar.

Im Folgenden beantwortet Herr Becker die Fragen von Herrn von Spiegel und Herrn Kleinesdar zu konkreten Einzelfällen aus den einzelnen Stadtbezirken.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

## Zu Punkt 10

### **Schwerpunkte im Artenschutz 2011**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 2033/2009-2014

Frau Ritschel berichtet zur Vorlage.

Sie bezeichnet den Artenschutz als große globale Herausforderung, weist aber darauf hin, dass die Stadt Bielefeld gerade in der Zeit der Haushaltssicherung nur einen begrenzten Handlungsspielraum habe. Daher sei es wichtig, externe Partner (z.B. die Landwirtschaft, Naturschutzver-

bände) einzubinden.

Herr von Spiegel fragt, ob bei der Aufstellung von B-Plänen vorhandene Arten untersucht würden und aus welchem Grund immer mehr A+E-Maßnahmen in Wäldern umgesetzt würden.

Herr Lufen beklagt ein fehlendes Konzept in der Artenvielfalt. Seiner Meinung nach werden nur einzelne Punkte herausgegriffen.

Herr Meichsner spricht sich dafür aus, Biotope zu erhalten, da bei einer zunehmenden Verbuschung der Bestand an Arten (z.B. Eidechsen) zurückgehe. Des Weiteren hält er es für wichtig, Nistmöglichkeiten für Mauernersegler, die bei Haussanierungen verloren gingen, zu schaffen.

Insgesamt müsse man aber zu einem anderen Bewusstsein gelangen und den Artenschutz nicht nur aus der „Kleinperspektive“ betrachten. So würden seltene Vögel, die bei uns unter Schutz stehen, in Südeuropa als Delikatesse gehandelt.

Herr Hahn meint, dass sich Artenschutz aus einer Vielzahl kleiner Maßnahmen zusammensetze. Eine Konzepterstellung halte er bei der derzeitigen Personalsituation für schwierig. Er regt an, Pächter von städtischen Flächen über Auflagen in Verträgen zu verpflichten, sich an speziellen Programmen (z. B. dem Lärchenfensterprogramm) zu beteiligen.

Herr Wörmann betont, dass der Artenschutz zunehmend an Bedeutung gewinne und in die öffentliche Diskussion gebracht werden solle. Man wolle mehr tun als in der Vergangenheit. Die lebhafteste Diskussion im Ausschuss sei ein guter Anfang.

Auf die Fragen von Herrn von Spiegel teilt er mit, dass für neue Baugebiete auch vor Ort kartiert würde. Als A+E-Flächen seien Offenlandbiotope von besonderer Wichtigkeit. Entsprechend der Beschlusslage werde dafür auch aktiv geworben. Der Anteil an Grünland sei aber in den letzten Jahrzehnten stark zurückgegangen.

Pächter von städtischen Flächen seien auch als mögliche Partner im Artenschutz denkbar. Die Möglichkeiten von Auflagen in Pachtverträgen würden gemeinsam mit dem ISB geprüft.

Herr Becker erinnert zum Thema „Offenland“ an eine Vorlage in der BV Senne aus dem Jahr 2008 über Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Die Anteile von Offenland und Wald betragen jeweils ca. 50 %. Er kann die Wahrnehmung, dass es in der Senne kaum Offenland gebe, nicht teilen. Zu den B-Plänen teilt er mit, dass bei Vorkommen von planungsrelevanten Arten immer auch artenschutzrechtliche Fragen geklärt werden müssten.

Er stimme der Kritik von Herrn Meichsner am Vogelmord in südeuropäischen Ländern zu, dieses sei jedoch nicht lokalpolitisch zu lösen.

Herr Kleinesdar begründet den Rückgang von Grünland mit der Verringerung des Weideviehanteils.

Er kritisiert, dass viele ehemalige Weideflächen verbuschen würden. Dieses passiere auch auf städtischen Flächen, z. B. entlang des Baderbaches.

Eine zunehmende Bedeutung in der Landwirtschaft spielten Monokulturen von Mais durch die Zunahme von Biogasanlagen zur Energiegewinnung.

Herr von Spiegel merkt an, dass in der angesprochenen Vorlage zu den A-E-Maßnahmen die Anteile für den Bau der A 33 nicht mit eingerechnet worden seien und dass viele Maßnahmen außerhalb Bielefelds umgesetzt würden.

Herr Becker erläutert, dass die Zahlen aus A+E für den Bau der A 33 damals noch nicht endgültig feststanden und daher in der Berechnung fehlten. In der Stadt Bielefeld habe es aber nicht vorrangig Wald-Ersatzmaßnahmen gegeben. Angebotene Ersatzmaßnahmen außerhalb von Bielefeld könnten nicht grundsätzlich abgelehnt werden; dieses könne auch nicht über eine Satzung geregelt werden.

Auf Antrag von Frau Brinkmann lässt der Vorsitzende über das Ende der Rednerliste abstimmen.

- einstimmig beschlossen –

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 11

**Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

keine

-.-.-